

Gross ist nur der Lohn Gottes

In kleinen Gemeinden ist die Bezahlung der Gemeindepräsidenten mehr als bescheiden

BaZ 22.1.2008

THOMAS GUBLER

Viel Arbeit für wenig Lohn: So lässt sich das Schicksal der Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten umschreiben. Die schlechte Bezahlung ist mit ein Grund, weshalb es immer schwieriger wird, die Ämter adäquat zu besetzen.

Michael Baader (Gelterkinden), Margrit Balscheit (Läufelfingen), Andreas Imhof (Kilchberg), Karl Rudin (Oberdorf) oder Ernst Wüthrich (Thürnen): Fünf Gemeindeoberhäupter, die in der langen Reihe derjenigen stehen, die in den Bezirken Sissach und Waldenburg ihr Amt zur Verfügung stellen. Zwölf sind es im Oberbaselbiet; rechnet man die beiden Rücktritte von Titterten und Liedertswil im letzten halben Jahr dazu, sind es gar 14. In den anderen drei Bezirken zusammen demissionieren nur halb so viele.

WENIG VERLOCKEND. Die Rücktrittshäufung im Oberbaselbiet ist zwar in erster Linie auf einen Generationenwechsel zurückzuführen. Einige Gemeindepräsidenten haben ihr Amt mehr als ein Jahrzehnt lang ausgeübt. Von einem Nachdrängen der nächsten Generation kann aber nicht die Rede sein. Mancherorts fehlt es einen Monat vor den Wahlen immer noch an Kandidaturen, welche die Lücken schliessen könnten. Denn verlockend ist die Übernahme eines Gemeindepräsidiums nicht. Viel



Reinach und Kilchberg. Urs Hintermann (l.) steht der grössten, Andreas Imhof der kleinsten Baselbieter Gemeinde vor. Fotos Hager/Flury



Arbeit für wenig Lohn, könnte das Motto lauten. Und je kleiner die Gemeinde, desto geringer ist die Bezahlung. So verdient Andreas Imhof, der «Preesi» der kleinsten Baselbieter Gemeinde, rund 8000 Franken für eine Belastung von immerhin einem Tag pro Woche. Ernst Wüthrich brachte es bei einem ähnlichen Aufwand in Thürnen immerhin schon auf 17000 Franken.

Ein bisschen besser sieht es in Gelterkinden aus. Michael Baader kam bei 15 bis 20 Arbeitsstunden pro Woche auf 40000 Franken. Ab diesem Jahr sind es sogar 44000.

«Anständig» verdient ein Gemeindeoberhaupt aber nur in den grossen Gemeinden. Anton Lauber (Allschwil) und Urs Hintermann (Reinach) beziehen ein Salär von 93000 respektive 94000 Franken jährlich. «Anständig» ist bei 70 bis 80 Prozent aber auch die Auslastung, was den Kreis der Personen, die für ein solches Amt infrage kommen, gleich wieder erheblich einschränkt: «Für einen Berufstätigen im Angestelltenverhältnis ist dieses Pensum unmöglich zu bewältigen», sagt Lauber. Beide, Lauber und Hintermann, sind denn auch freiberuflich tätig,

beziehungsweise in der eigenen Firma angestellt.

Für den früheren Birsfelder Gemeindepräsidenten und ehemaligen Präsidenten des Verbandes Basellandschaftlicher Gemeinden, Peter Meschberger, ist die gegenwärtige Situation unverantwortlich: «Die Grenzen des Milizsystems sind überschritten, aber man will es noch nicht wahrhaben.»

KARRIERESTOPP. Die Salärfrage dürfe nicht mehr unterschätzt werden, meint Meschberger weiter. Generell müsse in den Gemeinden zu viel Ar-

beit für Gottes Lohn geleistet werden. «Derweil erleidet der Amtsträger erst noch ein Karriere-Handicap und wird damit doppelt bestraft.»

Der Birsfelder alt Gemeindepräsident empfiehlt daher vor allem kleineren Gemeinden zu handeln, bevor sie vom Kanton gezwungen werden. Die Lösung könne entweder in Verbänden oder in einer Fusion liegen. «Aber 1000 Personen sollte eine Gemeinde schon zählen.» Meschberger sieht noch einen weiteren Vorteil: «Mit grösseren Gemeinden würde auch die Gemeindeautonomie gestärkt.»

«Eine Diskrepanz wird es immer geben»

Gemeindepräsidenten können nie wie in der Privatwirtschaft bezahlt werden, sagt Andreas Ladner

INTERVIEW: THOMAS GUBLER

Für Andreas Ladner (49), Professor für Staatspolitik am Hochschulinstitut für öffentliche Verwaltung in Lausanne und Spezialist für Gemeindepolitik, ist es nicht zu vermeiden, dass Gemeindepräsidenten einen Teil ihrer Arbeit ehrenamtlich leisten müssen.



baz: Herr Ladner, welche Rolle spielt die Entschädigung bei der Übernahme eines Amtes wie das eines Gemeindepräsidenten?

ANDREAS LADNER: Der Lohn eines Gemeindepräsidenten vermag in der Regel die geleistete Arbeit nicht zu entschädigen. Das bedeutet, dass ein Teil davon immer ehrenamtlich oder freiwillig geleistet werden muss. Al-

erdings werden solche Ämter auch nicht des Geldes wegen gesucht, weshalb die Bedeutung der Entschädigung zu relativieren ist.

Mit anderen Worten, man muss diese Tätigkeit mit Selbstverständlichkeit als unterbezahlt hinnehmen?

Diese Frage kann man sich tatsächlich stellen. Und ehrlichkeitshalber wird man sagen müssen, dass diese Arbeit wahrscheinlich nie so wird entschädigt werden können wie eine gleich gelagerte in der Privatwirtschaft. Eine Diskrepanz wird es immer geben. Damit müssen wir leben. Die Privatwirtschaft nimmt heute ihre öffentliche Verantwortung nicht mehr wahr, indem sie Personen für solche Aufgaben Zeit einräumt. Gehören dadurch Milizmodelle der Vergangenheit an?

Tatsächlich will die Privatwirtschaft heute öffentliche Ämter nicht mehr subventionieren. Und es lässt sich

nicht leugnen, dass deren Ausübung dadurch immer schwieriger wird. Der Druck auf den Einzelnen wird grösser, sodass dieser sich drei Mal überlegt, ob er ein solches Amt übernehmen will. Dadurch wird es immer schwieriger, geeignete Leute für Milizämter zu finden. Die Schuld dafür liegt aber nicht nur bei der Privatwirtschaft. Auch die privaten Engagements in der Familie und in der Freizeit haben stark zugenommen.

Müssten somit kleine Gemeinden die Fusion nicht zum Schwerpunktthema der nächsten Amtsperiode machen?

Da ist Vorsicht am Platz. Man muss sich immer fragen, mit wem soll fusioniert werden und wie gross wird die Einheit nachher? Wenn zwei kleine Gemeinden sich zu einer grösseren kleinen Gemeinde zusammenschliessen, ist unter Umständen nicht sehr viel gewonnen. Möglicherweise

kommt ein Ausbau der Leistungen hinzu, sodass man dann schnell in eine unglückliche Gemeindegrosse hineinrutscht – zu klein, um gross zu sein, und zu gross, um noch klein zu sein. Die Fusion von Kleingemeinden führt in der Regel nicht zum Ziel.

Die Fusion ist also kein Patentrezept?

In einer Fusion können Chancen liegen, aber sie muss auf eine gescheite Art erfolgen. Wenn man wirklich eine Professionalisierung anstrebt, dann muss das neue Gebilde auch eine gewisse Grösse aufweisen. Im Moment stelle ich fest, dass die Fusionen noch ziemlich unkoordiniert ablaufen.

Wo würden sie die minimale Einwohnerzahl für ein solches Gebilde ansetzen?

Diese Zahl lässt sich nicht festlegen. Eine Streusiedlung in Appenzell ist nicht mit Riechen vergleichbar. Es kommt immer auf den Gemeindetyp und die Anforderungen an.